Völkerbunds-Nachrichten

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung**

Band (Jahr): **- (1921)**

Heft 2

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-803426

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

b) das weitere Komitee, bestehend aus Vertrauensmännern der Vereinigung in allen Kantonen.

III. Kommission (pädagogisch-pazifistische Kommission für die Pflege und Propagierung pazifistischer Grundsätze und Forderungen im engern Sinne (Sekretär: H. Golay).

IV. Kommisson (Finanz-Ausschuss) für die Beschaffung der notwendigen Mittel.

In Olten wurde ferner u. a. der Aktionsplan für 1921 beraten, der sich namentlich mit den Aufgaben der II. Kommission befasst. Man traf auch die einleitenden Massnahmen für den in der ersten Hälfte Juni in Genf abzuhaltenden Kongress der Union des Associations pour la Société des Nations, dessen Vorsitz Herr alt Bundesrat Ador führen wird. Präsident des Organisationskomitees für den Genfer Kongress ist Herr Paul Pictet.

Das Programm der Vereinigung kann nur allmählich und schrittweise zur Durchführung gelangen. Das gilt insbesondere von der Organisation in den Kantonen, die sich zunächst dort zu vollziehen haben wird, wo Sektionen der bisherigen Nationalen Vereinigung, des Schweiz. Aktionskomitees für den Völkerbund und der Friedensgesellschaft sich befanden. Diese werden sich nun untereinander, von Ort zu Ort, über ihre Fusion und die Konstituierung der neuen gemeinsamen Organisation verständigen. Die nötigen Mitteilungen hierüber werden successive erfolgen. Zu jeder Auskunft ist der I. Sekretär, S. Zurlinden, Zürich, gerne bereit.

Völkerbunds-Nachrichten

15. Januar bis 15. Februar 1921.

Eine Anfrage der französischen Botschaft in Bern, wie sich der Bundesrat zu einem allfälligen Durchmarsch von Völkerbundstruppen nach dem zwischen Polen und Litauen strittigen Abstimmungsgebiet von Wilna stellen würde, hat den Bundesrat in mehreren Sitzungen beschäftigt. Es würde sich voraussichtlich um belgische, englische und spanische Truppen handeln, die eine unbeeinflusste Abstimmung in Wilna sichern sollen. Das Politische Departement hatte von sich aus keine Bedenken gegen den Durchmarsch, da die Truppen nur einem friedlichen Zwecke dienen sollten. In der Bundesversammlung herrschten teilweise andere Ansichten, wie eine „kleine Anfrage“ Jägers im Nationalrat und eine Interpellation Brügger und Konsorten im Ständerat bewiesen. Die Frage ist augenblicklich noch nicht aktuell, da Litauen mit Note vom 31. Jan. aus Kowno den Völkerbund ersucht hat, die Truppensendung einstweilen zu unterlassen. Litauen will zuerst mit Soviet-Russland ein Einvernehmen zu erzielen suchen, weil dieses erklärt hat, den Einmarsch von Völkerbundstruppen nicht zu dulden und eventuell mit einem kriegerischen Angriff zu beantworten, wenn nicht zuvor Soviet-Russland vom Völkerbund anerkannt werde. Dieser unsichern Verhältnisse wegen hat der Bundesrat, wie Herr Motta im Ständerat am 7. Februar bei Beantwortung der Interpellation Brügger erklärte, die Anfrage der französischen Botschaft vom 21. Januar zunächst abschlägig beantwortet und — gegenüber unliebsamen Kommentaren der Agentur Havas und des Sekretariats des Völkerbunds — am 12. Februar diesen Beschluss bestätigt, ohne jedoch damit die Frage prinzipiell und für alle Fälle entscheiden zu wollen. Die Schweiz ist zur Mitberatung dieser Angelegenheit im Schosse des Völkerbundsrats, der am 21. Februar in Paris zusammentritt, eingeladen. Sie entsendet als ihre Vertreter den schweiz. Gesandten in Paris, Herrn Dunant, und Herrn Prof. Max Huber.

Im Nationalrate wurde in dieser Angelegenheit ferner eingereicht eine Motion Seiler (Baselland): „Der Bundesrat wird eingeladen, die Frage des Truppen-Durchzuges der Bundesversammlung zur grundsätzlichen Entscheidung vorzulegen“, und eine Interpellation de Rabours (Genf): „Glaubt der Bundesrat nicht, angesichts der neuen, ihm bekannt gewordenen Tatsachen den bezüglich des Truppen-Durchzuges zu einer polizeilichen Friedensaktion eingenommenen Standpunkt ändern und eine neue Lösung suchen zu sollen, die unter Wahrung der schweizerischen Neutralität dem Bundesrat gestattet, den Pflichten der internationalen Solidarität nachzukommen?“ — Als weitere neue Momente zur Beurteilung der Sachlage kommen noch hinzu eine Note, welche der russische Volkskommissär für das Auswärtige, Tschitscherin, der litauischen Regierung übergeben hat, und in der abermals die Erwartung ausgesprochen wird, Litauen werde den Einmarsch von Völkerbundstruppen nicht gestatten, da deren Anwesenheit als ein den Russen feindlicher Akt zu bezeichnen wäre. Sodann hat Kerenski, der frühere Diktator Russlands, erklärt, Russland werde die Ablösung Litauens und der anderen Randstaaten von Russland niemals zugeben und deren Selbständigkelt niemals anerkennen. Die Lage im Abstimmungsgebiet ist also auch heute noch nichts weniger als abgeklärt.

— In der französischen Vereinigung für den Völkerbund erstatteten am 19. Januar Viviani und Bourgeois einen günstigen Bericht über die Völkerbundsversammlung in Genf. Am 17. Januar wurde von einer öffentlichen Versammlung der „Weltliga der freien Völker“ im Wagramsaal in Paris die von mehreren Rednern befürwortete Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

— In London fand am 12. Januar eine von 6000 Personen besuchte Versammlung der Völkerbundsliga (League of Nations Union) in der Albert Hall statt. Sie stimmte freudig dem Redner Barnes zu, als er sagte: „Deutschland muss aufgenommen werden. Was die deutsche Regierung getan hat, dafür ist das deutsche Volk nicht verantwortlich.“

— Der japanische Minister des Äussern, Uchida, befürwortete in einer Programmrede neuerdings den baldigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

— Die Internationale Transit-Konferenz in Barcelona wird am 10. März eröffnet. Alle südamerikanischen Staaten mit Ausnahme Argentiniens haben ihre Beteiligung zugesagt.

— Ferdinand Buisson richtete im Namen der Liga der Menschenrechte an den Ministerpräsidenten Briand das Begehren, den französisch-schweizerischen Konflikt betreffend die freien Zonen dem Schiedsspruch des Völkerbundes zu unterbreiten.

— Paul Hymans, Präsident der Völkerbundsversammlung und des Völkerbundsrates, hat das Präsidium des Völkerbundsrates dem brasilianischen Botschafter in Paris, da Cunha, übergeben, welcher

die 12. Sitzung des Völkerbundsrates in Genf am 21. Februar eröffnen wird.

— Die Internationale Arbeitskonferenz des Jahres 1921 (Art. 389 des Vertrages von Versailles) wird im Oktober in Genf stattfinden.

— Das internationale Arbeitsamt hat die Regierungen, die mit ihrer Stellungnahme zu den 6 Konventions-Entwürfen der Washingtoner Konferenz vom Oktober 1919 noch im Rückstand sind, darauf aufmerksam gemacht, dass die Frist zur Aeusserung über diese Entwürfe am 26. Januar abgelaufen ist, und hat um Beschleunigung eines Entscheides ersucht.

— Seit dem 24. Januar amtet in der Freien Stadt Danzig als Oberkommissar des Völkerbundes der General Hawking. Prof. Attolico, der provisorische Oberkommissar, hat Danzig am 26. Januar verlassen, um ins Völkerbunds-Sekretariat in Genf einzutreten.

— Der Völkerbundsrat wurde von Prof. Attolico ersucht um Ernennung des Präsidenten des Verwaltungsrates für den Hafen und die Wasserwege von Danzig, der nach Art. 19 der zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig am 9. November 1920 abgeschlossenen Konvention ein Schweizer sein muss.

— Prof. E. Bovet berichtet in „Wissen und Leben" vom 15. Januar 1921 von einem Besuch bei M. Garnet, dem Generalsekretär der englischen Vereinigung für den Völkerbund (League of Nations Union), die in einem eigenen Hause an die 80 Angestellte beschäftigt. Die Union gewinnt täglich neue Mitglieder durch eine sehr geschickte Aufklärungsarbeit mit Flugblättern, Berichten, Broschüren über bestimmte Fragen, Vorträge etc.

— Bundesgerichtsschreiber Robert Guex übernahm am 1. Februar die Funktion des Generalsekretärs des in Paris errichteten deutsch-französischen Schiedsgerichtes, das von Prof. A. Mercier präsidiert wird.

— Während für die 12. Session des Völkerbunds-Rates zuerst Genf als Versammlungsort in Aussicht genommen war, wurde nachträglich die Session nach Paris verlegt, was in der schweizerischen Presse teilweise zu Erörterungen Anlass gab, indem man in dieser Massnahme einen Akt des Aergers über die Bedenklichkeiten der Schweiz in der Frage des Truppendurchmarsches erblicken wollte. Einer solchen Auffassung konnte allerdings die Redaktion der offiziellen Mitteilung, welche als Grund der Verlegung Gesundheitsrücksichten gegenüber den Mitgliedern des Völkerbundsrates angibt, einen gewissen Vorschub leisten, und noch mehr trifft dies zu in Bezug auf die Kommentare englischer Blätter, die anscheinend im Zusammenhang mit der Truppendurchmarsch-Angelegenheit die Frage einer Verlegung des Sitzes des Völkerbunds von Genf nach Brüssel wieder aufrollen zu wollen scheinen. Es wird geraten sein, solchen Anspielungen gegenüber zunächst vollkommen kaltes Blut zu bewahren und für einmal abzuwarten, welche neue Tatsachen unsere Delegierten in Paris erfahren werden, die geeignet sein könnten, dem Bundesrat eine Wiedererwägung seines Beschlusses nahe zu legen. Zu weiterer Begründung der Anberaumung der Session des Völkerbundsrates in Paris statt in Genf wird dann noch geltend gemacht, es sei im Hinblick auf die Fragen, die zur Diskussion kommen werden, erforderlich, dass der Völkerbundsrat in nächster Nähe Londons tage, da dort hauptsächlich die grosse Frage wegen Kleinasiens zur Behandlung komme.

Im Uebrigen wird gesagt, dass die bevorstehende Session des Völkerbundsrates die wichtigste Tagesordnung seit der Gründung des Völkerbundes zu beraten haben werde. Man rechnet mit einer zehntägigen Sessionsdauer. Die dem Rat unterbreiteten Fragen zerfallen in vier Hauptgruppen. Die zwei ersten beziehen sich auf die von der Völkerbundsversammlung im November und Dezember behandelten Probleme, die zwei andern auf die vom Rat bereits in seinen zwei frühern Sitzungen behandelten Fragen.

— In allen Ländern haben die von der Genfer Völkerbunds-Versammlung heimgekehrten Delegierten über ihre Erfahrungen und Beobachtungen Bericht erstattet, und es ist sehr erfreulich, konstatieren zu können, dass diese Zeugnisse von Teilnehmern der Genfer Tagung, soweit bekannt geworden, durchweg ausserordentlich anerkennend lauten. Das gilt besonders auch von den Vertretern der mittleren und kleinern Staaten: Belgien, Schweden, Kanada usw., deren Aussagen in stärkstem Widerspruch stehen zu den Behauptungen völkerbundsgegnerischer Zeitungen, wonach alle diese Staaten in Genf eine höchst unbedeutende und einflusslose Rolle gespielt hätten. Neben diesen Stimmen aus Kleinstaaten ist von Interesse auch die Kritik eines Engländers, H. Wilson Harris, in der „Contemporary Review", die von der „N. Schweiz. Zeitung" auszugsweise wiedergegeben wird. Der englische Beurteiler wird nicht müde, die bedeutende Rolle der kleinen Staaten hervorzuheben. „Auf der Pariser Friedenskonferenz hatten nur die Grossmächte das Wort; die treuen kleinen Alliierten wurden wenig berücksichtigt. In Genf war von solch exclusivem Geist nicht mehr viel zu spüren. Als Balfour und Bourgeois mit dem unangebracht selbstbewussten Argument hervortraten, dass Zusätze zum Covenant nicht wohl angebracht seien, weil dadurch mit sakrilegischer Hand an das göttliche Instrument des Versailler Friedens gerührt werde, da war es einer der kleinsten Neutralen, die Schweiz, welche in der Person ihres sehr fähigen Bundespräsidenten, Hrn. Motta, gegen solche, in keiner Weise zu verteidigenden Ansprüche Protest erhob. Die holländische, die dänische Abordnung, vor allem aber Schweden und Norwegen haben eine über die Bedeutung ihrer Länder weit hinausgehende Rolle gespielt. Männer, wie Nansen und Branting zeigten eine bemerkenswerte staatsmännische Anpassung an die gegebenen Verhältnisse, ohne je die grossen Ziele des Völkerbundes aus dem Auge zu verlieren. Gegen brutale Eingriffe des Obersten Rates in ihre Befugnisse hat sich die Versammlung energisch verwahrt. Dass die Versammlung nur ein Konklave von Staatsmännern mit gebundener Marschroute und somit nur eine Art Debattierklub sei: von diesen Behauptungen ist auch nicht eine Spur übrig geblieben."

Zur gefl. Notiz!

Der heutigen Nummer ist ein Postcheck-Einzahlungsschein beigelegt zur gefl. Benutzung für diejenigen Empfänger des Blattes, welche dasselbe weiter zu beziehen wünschen und den Abonnementsbetrag von Fr. 2.50 noch nicht entrichtet haben.

Hochachtungsvoll!

Verlag „Friede und Völkerbund",
Basel Fischmarkt 1, Postcheck V 172.

Druck und Verlag der Buchdruckerei G. Krebs, Basel, Fischmarkt 1, Postcheckkonto V 172.